



Ein Auftrag für den Frieden

Gemeinde Jesu und Einsatz für den Frieden

von Ralf Kaemper

Der Begriff „Frieden“

- kann das Ende eines Krieges bezeichnen,
- den sicheren dauerhaften Zustand einer politischen Ordnung,
- die gewaltlose Beziehung zwischen Menschen,
- einen subjektiven Zustand der inneren Ruhe
- und nicht zuletzt: eine intakte Beziehung zu Gott.

Er kann *negativ* die Abwesenheit von Krieg bezeichnen oder *positiv* einen Zustand der Sicherheit, Ruhe und Ordnung.

Während die semitischen Sprachen (Shalom, salam) stärker die Beziehung betonen (als Gabe Gottes, als Bund zwischen Menschen), betont das lateinische *pax* eher die juristische Seite (die Verbindlichkeit eines Vertrages).

Das deutsche Wort „Friede“ geht auf das althochdeutsche „fridu“ zurück, was für Schutz, Sicherheit und Freundschaft steht. Die indogermanische Wurzel „pri“ bedeutet „lieben“ oder „schonen“.

Wenn in unserer Gesellschaft über Frieden diskutiert wird, geht es hauptsächlich um den politischen Frieden. Wie steht es hier mit uns Christen? Haben wir einen politischen Friedensauftrag? Und hat das Evangelium auch etwas mit diesem Frieden zu tun? Darüber gehen die Meinungen heute auseinander. Der folgende Artikel versucht einige Grundfragen zu klären. Die „kleine Geschichte des Friedensdenkens“ hilft zu verstehen, wie im Laufe der Jahrhunderte über den Frieden gedacht wurde.

Wer sich mit dem Friedensdenken in der Geschichte der Menschheit auseinandersetzt, wird sehr schnell auf Augustinus stoßen, der als Christ jahrhundertlang die Philosophie geprägt hat: Frieden als Gabe Gottes, Frieden als Ordnung, Frieden als endzeitliches Ziel der Gottesherrschaft, der nicht einfach hier und jetzt schon realisiert werden kann.

Ausgehend zunächst vom persönlichen Frieden mit Gott und dann mit dem Nächsten wird Frieden dann aber immer mehr zum Thema der Politik. Und das ja auch aus gutem Grund. Wenn man die technische Entwicklung der letzten 200 Jahre betrachtet, hat sich die Auswirkungen menschlicher Gewalt vervielfacht – bis zur theoretischen Möglichkeit der Selbstvernichtung der Menschheit. „Theoretisch“ deshalb, weil wir als Christen glauben, dass Gott Herr der Geschichte ist. Und das heißt: Das Schicksal dieser Welt liegt nicht letztlich in den Händen der Mächtigen. Gott thront über allem – er ist der Allherrscher (siehe z. B. Jesaja 45,6f).

Das bedeutet aber nicht, dass menschliches Handeln und der Einsatz für den Frieden unbedeutend sind. Denn Menschen morden und führen Kriege. Gott lässt das zu. Und Menschen können auch Frieden stiften. Dazu fordert Jesus seine Nachfolger klar und deutlich auf (z. B. in Matthäus 5,9). Es gibt eine deutliche Aufforderung, sich aktiv für den Frieden einzusetzen: „*Jagt dem Frieden nach!*“ (Hebräer 12,14).

Der Auftrag des Christen, sich für den Frieden zu engagieren, ist also klar und eindeutig. Die Frage ist jedoch, welche Form und welches Ausmaß das „Friedensstiften“ hat: Wird es individuell (persönlich) verstanden oder gesellschaftlich-politisch (strukturell)? Oder beides? Und hier gehen die Meinungen weit auseinander.

Dahinter steht die Frage nach der politischen Verantwortung der Christen.

Hilfreich finde ich es hier, zu differenzieren zwischen der Gemeinde als Gruppe und dem einzelnen Christen und zwischen eigentlichem Auftrag und Wirkung.

Die christliche Gemeinde und der Frieden

Die christliche Gemeinde hat m. E. keinen direkten politischen Auftrag, obwohl einzelne Christen ihn sehr wohl haben können. Das hängt u. a. damit zusammen, dass Jesu Reich nicht von dieser Welt ist (Johannes 18,33-38). Jesus hat seinen Jüngern deutlich gesagt, dass es in seinem Herrschaftsbereich anders zugehen soll als in der politischen Welt. In Markus 10,42-45 spricht unser Herr über die Machtstrukturen der Welt, in der die Herrscher „*sich als Herren aufführen und dass die Völker die Macht der Großen zu spüren bekommen*“. Dem setzt er ein deutliches „*Bei euch ist es nicht so*“ entgegen.

Die Unterscheidung von Gemeinde (Reich Gottes) und Staat wird an vielen Stellen sichtbar (z. B. Matthäus 22,21). Der Staat hat andere Aufgaben als die Gemeinde, wie Römer 13,1-7 deutlich zeigt. Dabei ist auch klar, dass man Gott mehr gehorchen muss als den Menschen, wenn es zum Konflikt kommt (Apostelgeschichte 5,29).

Wenn wir grundsätzlich von einem politischen Auftrag der Gemeinde ausgehen würden, haben wir sofort ein großes Problem: **Welche** Politik soll die Gemeinde verfolgen? Gibt es eine „christliche Politik“? Ich glaube, nicht!

Die Trennung von Staat und Kirche ist biblisch und sachlich absolut richtig – und auch dringend nötig. Wo sie missachtet wurde, hat das zu großen Problemen geführt.

Auch wenn die Gemeinde keinen direkten politischen Auftrag hat, so hat sie aber eine politische **Wirkung** wie jede andere menschliche Gruppe auch. Und diese Wirkung sollte natürlich friedensfördernd sein, gemäß den Aussagen des Neuen Testaments.

Diese Trennung von Auftrag und Wirkung, die ich hier beschreibe, schließt auch nicht aus, dass die Gemeinde sich bei bestimmten Themen öffentlich zu Wort meldet, Unrecht beim Namen nennt oder sich punktuell auch politisch betätigt. Manchmal ist dies sogar unbedingt geboten. Schweigen wäre Schuld. Das Lebenszeugnis von Dietrich Bonhoeffer spricht hier eine deutliche Sprache. In dem Zitat „*Nur wer für die Juden schreit, darf gregorianisch singen*“ wird deutlich, dass man sich manchmal nicht heraushalten darf! Trotzdem ist das Kerngeschäft der Gemeinde kein politisches.

Der Kernauftrag der Gemeinde

Die Gemeinde Jesus hat einen enorm wichtigen Friedensauftrag, der aber nicht politischer Natur ist, sondern geistlicher. „*Wir bitten für Christus: Lasst euch versöhnen mit Gott!*“ (2. Korinther 5,20) Gott will durch Christus alle mit sich „*versöhnen – indem er Frieden gemacht hat durch das Blut seines Kreuzes*“ (Kolosser 1,20).

Dieser Versöhnungsdienst der Gemeinde – die Verkündigung des Evangeliums – ist Friedensdienst! Und zwar

ein enorm wichtiger, den keine andere Gruppe in unserer Gesellschaft leisten kann.

Die Aufforderung Jesu ist klar und deutlich: „*Geht nun hin und macht alle Nationen zu Jüngern, indem ihr diese tauft auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und sie lehrt alles zu bewahren, was ich euch geboten habe!*“ (Matthäus 28,19-20) Dies ist nicht nur ein Wunsch, sondern ein deutlicher Befehl. Deswegen sprechen wir auch vom Missionsbefehl.

Dass dies nicht mit Gewalt geschehen darf, sondern im Geist des Evangeliums und des Kreuzes, ist klar, wenn dem auch leider nicht immer entsprochen wurde. Hier hat die Gemeinde Jesu im Laufe der Jahrhunderte manche Schuld auf sich geladen. Mission bedeutet Zeugnis, Rechenschaft von unserem Glauben zu geben – „*aber mit Sanftmut und Ehrerbietung*“ (1. Petrus 3,16) – und nicht als Kreuzzug! Genauso wie Gott an der Tür steht und klopft (Offenbarung 3,20), „*bitten (wir) für Christus: Lasst euch versöhnen*“, wir fordern es nicht. Und schon gar nicht zwingen wir dazu! Frieden mit Gott zu finden kann nur in Freiheit geschehen. Das muss jede Evangelisation und Mission immer respektieren.

Zum Kernauftrag der Gemeinde gehört auch der Ruf in ein Leben der Nachfolge. Dies ist im Missionsbefehl schon angelegt, denn „*lehrt sie alles zu bewahren*“ hat auch eine ethische Komponente. Es geht auch um bewahren im Sinne von „*halten*“ oder „*praktizieren*“. Es geht um ein verändertes Leben, um das Hören und Tun (z. B. Matthäus 7,24ff. oder Jakobus 1,23ff.). Dieses veränderte Leben hat dann auch **Wirkungen** im Bereich des politischen Friedens. Wenn viele Menschen verändert werden, verändert das auch die Gesellschaft. Mit dem Ruf in die Nachfolge Jesu und zum evangeliumsgemäßen Handeln hat die Gemeinde damit einen *indirekten* politischen Auftrag.

Zur Nachfolge gehört auch „*besonders*“ das Gebet für die Regierenden, „*damit wir in Ruhe und Frieden ein Leben führen können, das Gott in jeder Hinsicht ehrt und das auch von Menschen geachtet werden kann*“. Diese Fürbitte „*gefällt Gott, unserem Retter. Er will ja, dass alle Menschen gerettet werden und die Wahrheit erkennen*“ (1. Timotheus 2,1ff, NeÜ). Auch das Gebet für die Regierenden steht somit letztlich im Dienst des Evangeliums.

Der Christ und der Frieden

Während die Gemeinde als Gruppe nach der Bibel keinen direkten politischen Auftrag hat, kann ihn der einzelne Christ durchaus haben. Begründend dafür kann der „Schöpfungsauftrag“ aus 1. Mose 1,28 gesehen werden. Denn zum Bewahren der Schöpfung gehört auch der Einsatz für den Frieden.

Obwohl Paulus deutlich sagt, dass „*unser Bürgerrecht (griech. *politeuma!*) ... in den Himmeln*“ ist, berief er sich bei seiner Verhaftung auf sein *römisches* Bürgerrecht (Philipper 3,20; Apostelgeschichte 22,28). Daran kann man sehen, dass ihm der politische Bereich seines Lebens sehr bewusst war. Und an bestimmten Stellen handelte er auch bewusst politisch, ganz gewiss um des Evangeliums willen (Apostelgeschichte 25,10-11.21; 26,32).

Eine kleine Geschichte des Friedensdenkens

Der Begriff „Frieden“ spielt in der antiken griechischen Philosophie keine besondere Rolle.



- Durch *Augustinus* (354-430 n. Chr.) bekommt „Frieden“ eine wichtige Bedeutung, die prägend bis ins 16. Jahrhundert bleibt. Der christliche Denker betont die „Ordnung“, die gleichen und ungleichen Dingen den jeweils angemessenen Platz zuweist. Er schreibt, dass der „Friede aller Dinge in der Ruhe der Ordnung“ bestehe – eine perfekte Hierarchie und Harmonie der Dinge, die Glück ermöglicht. Er unterscheidet zwischen Frieden als natürlicher Ordnung und als höchstem Gut, was nur im himmlischen Staat erreichbar ist. Im irdischen Staat bleibt jede Ordnung von Krieg und Leid geprägt.

- *Thomas von Aquin* (1225-1274) unterscheidet zwischen vollkommenem himmlischen und unvollkommenen irdischen Frieden. Quelle des Friedens ist die Liebe Gottes. Frieden wird eine Tugend des Herzens. Thomas unterscheidet „Frieden“ von der „Eintracht“, wo es um menschliche Einheit geht. Hier kann man einen „gerechten Krieg“ rechtfertigen. Generell spielt die politische Dimension des Friedens bei Thomas eine untergeordnete Rolle gegenüber der Herzensugend.



- *Erasmus von Rotterdam* (1466-1536) wendet sich gegen diese Innerlichkeit. Er unterscheidet nicht zwischen „Frieden“ und „Eintracht“ und argumentiert radikal gegen jeden Krieg. „Kaum ein Friede ist jemals so ungerecht, dass er nicht auch dem gerechtesten Krieg vorzuziehen wäre.“ Er will den Krieg grundsätzlich überwinden und erwartet von den Herrschern, dass sie den Frieden zu einem echten Herzensanliegen machen sollen, denn das Volk leidet unter den Kriegen am meisten. Erasmus führt den modernen Gedanken ein, dass Friede nicht nur Gottes Gnade, sondern eine Aufgabe der Menschen ist.

- *Blaise Pascal* (1623-1662) steht noch in der augustiniischen Ordnungstradition, glaubt jedoch, dass die gerechte Ordnung durch die Sünden unwiederbringlich verloren ist. Jetzt gibt es nur noch die weltliche Ordnung der staatlichen Macht. Für Pascal ist Frieden weder göttliches Geschenk, noch Glaubensvision. Es ist einfach die Abwesenheit von Krieg. Mit ihm schließt die Zeit des durch Augustinus geprägten Denkens ab, nach dem Frieden als gerechte göttliche Ordnung verstanden wurde.



- *Thomas Hobbes* (1588-1679) versucht, die politische Ordnung des Staates zu begründen. Er geht nicht von einer Ordnung aus, sondern von der pragmatischen Annahme, dass sich ohne den Staat die Menschen in einen „Krieg aller Menschen gegen alle Menschen“ befänden. Der Staat soll Sicherheit schaffen. Frieden ist nicht Grundordnung des menschlichen Lebens, sondern die Negation des Krieges aller gegen alle. Hilfsmittel ist dabei der *Vertrag*, in dem Menschen ihre Freiheit so begrenzen, dass sie mit der Freiheit des anderen vereinbar ist. Der Staat garantiert Vertragseinhaltung, notfalls mit Zwang. Er allein hat das Gewaltmonopol.

- *Jean-Jacques Rousseau* (1712-1778) distanziert sich von Hobbes. Im Naturzustand würden Menschen keinen Krieg führen. Konflikte entstehen erst durch die Gesellschaft. Krieg werde zwischen Staaten geführt, nicht zwischen Individuen. Deshalb müssen Staaten durch einen Bund mit Gesetzen in die Pflicht genommen werden. Die „gefährliche Gegensätzlichkeit“ zwischen den Staaten kann nur durch eine „föderative Regierungsform“ überwunden werden, die Staaten die größtmögliche Eigenständigkeit zugesteht. Von *Abbé Saint-Pierre* übernimmt Rousseau den Entwurf einer „Europäischen Republik“, eines umfassenden und dauerhaften Bundes europäischer Staaten, mit eigenem Gerichtshof und Möglichkeiten der Durchsetzung. Konflikte zwischen den Staaten werden durch Rechtsprechung gelöst. Damit sind Kriege nicht mehr nötig. Ein „ewiger Friede“ in Europa wäre möglich.



- *Immanuel Kant* (1724-1804) geht davon aus, dass die Geschichte der Menschheit von etwas bestimmt wird, das in der Natur liegt. Trotzdem muss der Mensch diese Naturordnung durch Vernunft umsetzen, denn er ist frei. Es geschieht nicht automatisch. Dabei widerstreiten zwei Kräfte: Zwar will der Mensch Gemeinschaft, aber doch nur nach seinem eigenen Sinn. Kant spricht von der „ungeselligen Geselligkeit“ des Menschen, die nur durch die Errichtung einer „bürgerlichen Verfassung“ geordnet werden kann. Dabei geht es auch um das Verhältnis zu anderen Staaten, deshalb ist ein „Völkerbund“ nötig. Kant verbindet Hobbes Idee von einem Frieden zwischen Einzelnen mit Rousseaus Forderung nach Frieden zwischen den Staaten. Dazu kommt die Hoffnung auf einen allgemeinen weltbürgerlichen Zustand. Damit ergeben sich drei Ebenen des Rechts: die bürgerliche Verfassung des Staates, das Völkerrecht und das Weltbürgerrecht.

Kants entscheidender Beitrag für die Philosophie des Friedens liegt in der Verbindlichkeit des Rechtes. Es ist die Idee einer beständigen Annäherung an den „Ewigen Frieden“ durch das Recht. Mit Kant findet das Friedensdenken einen gewissen Abschluss. Neuere Entwürfe berufen sich überwiegend auf ihn.

- Durch die *Entwicklung der Massenvernichtungswaffen* wird allerdings nicht nur der Frieden, sondern die Existenz der Menschheit an sich infrage gestellt. Der deutsche Pazifismus, der zwischen den Weltkriegen entsteht, entwickelt sich in der Spannung von „Gesinnungs- und Verantwortungsethik“. Für *Max Weber* (1864-1920) ist der Gesinnungspazifismus, der Gewalt als politisches Mittel grundsätzlich ablehnt, moralisch wertvoll, politisch aber hochgefährlich, weil er die Folgen des politischen Handelns nicht beachtet.

(Quelle: der Artikel „Frieden“ von Pascal Delhom aus der „Enzyklopädie Philosophie“, Hrsg. H.J. Sandkühler, 2010, Hamburg, Meiner Verlag, S. 749-755, alle Quellen für Zitate dort.)

Der einzelne Christ kann durchaus einen politischen Auftrag haben – oder auch eine Berufung in die Politik, mit allem, was dazugehört. Denn Politik ist ihrem Wesen nach ein Kompromissgeschäft. Hier geht es um Pragmatik, es geht um Praxis. Man muss schnell Lösungen finden, die funktionieren. Hier muss manches gemacht und zugelassen werden, was in der Gemeinde problematisch wäre. Wer sich als Christ politisch engagiert, muss sich dessen bewusst sein: Im politischen Bereich geht es anders zu als in Gottes Reich. Sehr häufig wird man mit schwierigen Kompromissen leben müssen.

Wenn wir den „politischen Auftrag“ individualisieren – d. h. ihm dem einzelnen Christen zuschreiben und nicht der ganzen Gemeinde – lösen sich viele Probleme. So kann sich ein Einzelner vielleicht durchaus mit dem Programm einer bestimmten Partei identifizieren, für die gesamte Gemeinde wäre das aber nicht möglich. Man kann nicht eine ganze Gemeinde – oder gar die Christenheit – auf eine bestimmte Politik verbindlich verpflichten. Der einzelne Christ kann vielleicht mit manchen politischen Kompromissen seiner Partei mitgehen, wo andere Christen in Gewissenskonflikte gerieten.

Der einzelne Christ kann also durchaus eine Berufung im politischen Bereich haben. Dazu gehört auch der juristische Bereich.

Es ist wichtig, dass es hier kompetente Christen gibt. Kants Beobachtung, dass sich vieles im Bereich der Friedenspolitik im juristischen Bereich abspielt, ist sicher zutreffend. Es wäre gut, wenn

es mehr sachkundige Christen in diesen Bereichen gäbe, die von ihren Gemeinden ermutigt und unterstützt würden. Letztlich gibt es auch keine unpolitische Existenz – wir hängen immer mit drin.

Wesley und Wilberforce

Ein Blick auf die sozialen Umwälzungen in England im 18. und 19. Jahrhundert kann die Unterscheidungen, die ich oben darstellt habe, gut illustrieren. Dass die soziale Revolution in England nicht so blutig verlief wie in Frankreich wird u. a. mit zwei Personen verbunden: John Wesley und William Wilberforce. Unter der Predigt von Wesley (und Whitefield) bekehrten sich hunderte von Menschen.

Frieden



Sie wurden Christen und änderten ihr Leben. Es gab Ortschaften, in denen die Polizei arbeitslos wurde, weil es keine Verbrechen mehr gab. Das sind soziale Auswirkungen der Gemeinde Jesu auf den politischen Frieden – aber als Nebenwirkung! Wesley hat nicht dazu aufgerufen, die Gesellschaft zu ändern, sondern das Leben mit Gott in Ordnung zu bringen und konsequent nachzufolgen. Zentral bei ihm war die Hinkehr zu Gott, aus der ein verändertes Leben folgte. Wenn viele Menschen ihr Leben ändern, ändert sich die Gesellschaft – hat das politische Folgen. Ein anderes Beispiel ist William Wilberforce. Wilberforce hat sich bewusst als Christ für eine Berufung in die Politik entschieden. Er stand vor der Frage, in den geistlichen Dienst zu gehen oder Politiker zu bleiben. John Newton riet ihm, die politische Laufbahn zu verfolgen. Das hat er getan – Gott sei Dank! Denn so wurde er zum wichtigsten Kämpfer für die Abschaffung der Sklaverei. (Es lohnt sich, die ausgezeichnete Biografie von E. Metaxa über Wilberforce zu lesen.)

Ewiger Frieden?

Alle Versuche, Frieden zu schaffen, sind wichtig, aber auch vorläufig. Ewigen Frieden wird es erst geben, wenn Christus wiedergekommen ist und Gott sein

Reich sichtbar aufrichtet. Der Slogan der Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ stammt aus dem Jesaja-Buch. Im Zusammenhang wird deutlich, dass der Frieden, von dem hier die Rede ist, einen Rahmen hat, der ihn

Die wichtigste Friedensbewegung wurde von Gott initiiert. Er sandte seinen Sohn in diese Welt, um Frieden zu stiften.

ermöglicht: „Und es wird geschehen am Ende der Tage, da wird der Berg des Hauses des Herrn feststehen ... und alle Nationen werden zu ihm strömen.“ Gott wird von den Nationen als Gott anerkannt – und das hat Auswirkungen, auch auf die Politik. „Und er wird richten zwischen den Nationen und für viele Völker Recht sprechen. Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden und ihre Speere zu Winzermessern. Nicht mehr wird Nation gegen Nation das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr lernen“ (2,2ff.). Dies ist eine endzeitliche Aussage, die uns Hoffnung gibt. Am Ende stehen nicht Gewalt und Chaos. Es wird Frieden geben.

Aber das Reich Gottes kann man nicht herbeizwingen. Alle Versuche, ein Himmelreich auf Erden zu verwirklichen, sind gescheitert und werden scheitern. Gott allein kann und wird dies tun!

Der englische Philosoph Karl Popper hat darauf hingewiesen, dass die großen politischen Konzepte zur Verbesserung der Welt mehr geschadet als genützt haben. Er schreibt: „Die Hybris, die uns versuchen lässt, das Himmelreich auf Erden zu verwirklichen, verführt uns dazu, unsere gute Erde in eine Hölle zu verwandeln – eine Hölle, wie sie nur Menschen für ihre Mitmenschen verwirklichen können. Wenn wir die Welt nicht wieder ins Unglück stürzen wollen, müssen wir unsere Träume der Weltenbeglückung aufgeben. Dennoch können und sollen wir Weltverbesserer bleiben – aber bescheidene Weltverbesserer. Wir müssen uns mit der nie endenden Aufgabe begnügen, Leiden zu lindern, vermeidbare Übel zu bekämpfen, Missstände abzustellen; immer eingedenk der unvermeidbar ungewollten Folgen unseres Eingreifens, die wir nie ganz voraussehen können“ (Karl R. Popper, *Das Elend des Historizismus*, 1965, 1987 Mohr Verlag, Tübingen, VIII).

Wenn wir uns als Gemeinde auf unseren Auftrag besinnen, das Evangelium des Friedens zu verbreiten und Menschen in der Nachfolge Jesu zu ermutigen, werden wir einen entscheidenden Teil zum Frieden in der Welt beitragen.

Und wenn einzelne Christen nach Gottes Berufung für ihr Leben fragen, werden manche von ihnen segensreich auch in der politischen Welt Spuren hinterlassen. Dazu sollten wir als Gemeinden ermutigen.

Die wichtigste Friedensbewegung wurde von Gott initiiert. Er sandte seinen Sohn in diese Welt, um Frieden zu stiften (Epheser 2,15). Dieser „Frieden mit Gott“ (Römer 5,1) wird sich auch jetzt schon auswirken. Gott hat uns zum Frieden berufen (1. Korinther 7,15). Und er wird einmal sein Reich sichtbar aufrichten „und der Friede wird kein Ende haben“ (Jesaja 9,6).

Wenn viele Menschen ihr Leben ändern,
ändert sich die Gesellschaft -
hat das politische Folgen.



:P

Ralf Kaemper ist einer der Schriftleiter der :PERSPEKTIVE.